

Kommunen sehen sich am Limit

Ein Leserbrief an die Oberhessische Presse

Kommunen sehen sich am Limit – Das ist der Tenor einer gemeinsamen Stellungnahme der Bürgermeister des Landkreises in der OP vom 18. November. Sie warnen vor Überforderung bei Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Und sie verlangen von Bund und Land, dass die zur Verfügung stehenden Mittel endlich zur kommunalen Basis durchgereicht werden müssen. Dem ist vollständig zuzustimmen, und als Vorsitzender des Cölber Arbeitskreises Flüchtlinge möchte ich hinzufügen: Auch wir Ehrenamtlichen gehören zur kommunalen Basis. Niederschwellige Beratungsangebote, ehrenamtlich betriebene Sprachkurse, Übersetzungshilfen und Angebote zur kulturellen Integration sind unentbehrlich für ein Zusammenleben in Frieden und sozialer Sicherheit. Mit unbezahlter freiwilliger Arbeit leisten wir gern unseren Beitrag. Aber die notwendigen Sachmittel sollten wenigstens unbürokratisch zur Verfügung stehen.

Lange Verfahrensdauer, fehlende Bleibeperspektiven, unklare Steuerung und komplizierte Strukturen beklagen die Bürgermeister als Hindernisse auf dem Weg zur Integration. Da ist etwas dran. Wir kennen einen jungen Kurden mit türkischem Pass, der einer Gemeinschaftsunterkunft im Landkreis zugewiesen wurde. Er hat in kurzer Zeit sehr ordentlich Deutsch gelernt und während eines Praktikums das Interesse eines renommierten heimischen Maler- und Lackierbetriebs geweckt. Wäre es nach dem jungen Mann und dem Chef gegangen, gäbe es seit dem 1. August ein reguläres Ausbildungsverhältnis. Aber seit Juni erteilt die Zentrale Ausländerbehörde in Gießen trotz wiederholter Nachfrage keine Arbeitserlaubnis dafür. Für das laufende Jahr ist die Ausbildung erst einmal passé. Ähnliche Fälle kennen alle örtlichen Flüchtlingsinitiativen in unserer Region. In der Tat muss die neue Landesregierung mit effizienter Verfahrenssteuerung und klaren Strukturen solchem Unfug ein Ende setzen.

Die Bürgermeister wollen, dass man Zeit und Mühe nur für solche Flüchtlinge aufwendet, die eine realistische Aussicht auf Anerkennung haben. Auf den ersten Blick leuchtet diese Forderung ein. Man muss sich aber klarmachen, dass die Anerkennungsquote in Deutschland über 70 % liegt. Nach der ersten Anhörung werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zahlreichen Flüchtlingen unzureichende Asylgründe bescheinigt. Im weiteren Verfahren kommt es aber doch zu längerfristiger Duldung oder einer Aufenthaltserlaubnis. Dieser Rechtsweg darf auf keinen Fall abgeschnitten werden. Wäre es nicht sinnvoll, arbeits- und ausbildungswilligen Flüchtlingen von Anfang an die Aufnahme von Ausbildung und Arbeit zu erlauben? Die heimische Wirtschaft könnte etwas gegen den Arbeitskräftemangel tun. Unser Rentensystem würde gesichert. Statt für menschenunwürdige Unterbringung in Massenunterkünften und Abschiebungen viel Geld auszugeben, könnte sich der Staat über zusätzliche Steuereinnahmen freuen.

Auf jeden Fall sollten wir den Bürgermeistern dafür dankbar sein, dass sie „unbedingt und dauerhaft mehr Realitätssinn auf allen politischen Ebenen“ einfordern. Wir brauchen gemeinsame lösungsorientierte Anstrengungen von Kommunen, Landkreis, Flüchtlingsinitiativen, Zivilgesellschaft und nicht zuletzt von Betroffenen. Fantasien über gewaltsame Pushbacks an Europas Außengrenzen und Auslagerung von Asylverfahren in weit entfernte Länder mögen vielleicht ihr Publikum finden und kurzfristig Wählerstimmen bringen. Sie helfen uns in den Gemeinden aber nicht.

Dr. Kurt Bunke

Vorsitzender des Cölber Arbeitskreises Flüchtlinge (CAF) e. V.

Am Lohberg 5, 35091 Cölbe